

Aubert-Akademie

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Gefktion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ost Sachsen

Erhält jeden Werktag nachmittags ★ Bezugspreis halbjährlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Aufzugsgebühr einschließlich der Belegung. Der kommunistische Gewerkschaftsverband, "Die Kommunisten", sowie der Kulturbund "Der rote Sohn" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-L. Güterbahnhofstraße 2, 1. Herausgeber: 17.250. ★ Redaktion: Dresden-L. Güterbahnhofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 1-6 Uhr. Sonntags von 1-6 Uhr. ★ Postfachkonto Nr. 15.513 Dresden, Emil Seeger. ★ Einzelpreis: 10 Goldpfennige für die Familienabonnemente, 10 Goldpfennige für die Kettenecke anhängend an den dreigeketteten Legitimationszettel. ★ Einzelzettel kostet vorher die 4 Uhr nachmittags erworben.

1. Jahrgang

Montag, 4. Mai 1925

Nummer 26

Der Parteivorstand der SPD wirft die „Linke“ heraus!

Ausschluss von Sendewitz, Bittor und Graupe aus der SPD.

Zwickau, 4. Mai. Wie wir aus SPD-Kreisen erfahren, ist gegen die „Linke“ in Zwickau, Sendewitz, Bittor und Graupe ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden. Als Grund wird angegeben, daß im Zwickauer Beirat öffentliche Wahlversammlungen für Marx abgehalten wurden. Weiter wird den drei zum Vorwurf gemacht, daß sie in Mitgliederversammlungen gegen Marx Stellung nahmen und so indirekt dazu beitrugen, daß SPD-Arbeiter für Thälmann stimmen.

Vom Parteivorstand ist eine Untersuchungskommission eingesetzt, der nur Rechte angehören, vorunter der „berühmte“ Lages.

Was haben diese drei getan? Warum ein Ausschlussverfahren gegen sie?

Die Sendewitz u. Co. erlaubten sich einige Einwendungen gegen die Aufführung von Marx. Sie hielten nicht genügend zahlreiche Versammlungen ab, und zuweilen erlaubten sie sich ein böses Wort gegen die bürgerlichen „Republikaner“. Sollen sie deswegen ausgeschlossen werden?

Das Verfahren gegen die drei ist nur Formalisch. Der Parteivorstand meint nicht diese Führer. Er weiß von ihnen zuwenige, daß sie die treuesten Hütter der Berliner Politik sind. Dem gerissenen Parteivorstand ist es nicht unbekannt, daß ohne die Schauspielerien der drei die Zwickauer Organisation schon längst flüchtig gegangen wäre. Wenn die Kumpels und die übrigen SPD-Mitglieder noch immer Mitglieder der Sozialdemokratie sind, dann nur wegen der bewußten Verwirrung durch die Linken. Braucht es denn eines besseren Beweises für das Potentium und die sonderrevolutionäre Politik dieser Führer, als ihre Haltung in den letzten Tagen? Siehen sie da nicht in einer Front mit dem Parteivorstand? Entlarven sie sich nicht als die raffinierten Schildträger des Hindenburg?

Der Parteivorstand will nicht die drei, sondern die SPD-Mitglieder treffen. Sein Vorwurf ist gegen die SPD-Arbeiter gerichtet. Sie, ihre Opposition will er erledigen.

Dem Parteivorstand geht es nicht um eine Personen- oder Disziplinfrage. Es geht ihn um Politik. Welche Politik sollen die sozialdemokratischen Arbeiter treiben, die des Parteivorstands, oder ihre eigene, die Frage will Berlin entscheiden.

Politisch müssen daher die SPD-Arbeiter dem Parteivorstand antworten. Die Frage der paar Lataren spielt keine Rolle. Umgekehrt: Die SPD-Arbeiter müssen verhindern, daß der Konflikt mit ihrer Organisation zu einer Personen- oder

Disziplinfrage umgesetzt wird. Der Parteivorstand muß gezwungen werden, politisch die Frage zu stellen, und die SPD-Arbeiter müssen politisch antworten.

Politisch, d. h. daß die Zwickauer Arbeiter den Wels und Konkurrenten entkräften müssen:

Wir sind gegen Schwarz-Rothschild — für die rote Fahne; wir sind gegen die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital für den Klassenkampf; wir sind gegen die Monarchie und wollen auch gegen sie kämpfen; wir sind für den Achtstundentag und verlangen die Einheit der Gewerkschaften; wir wollen aussömmlichen Lohn und gesicherten Lebensunterhalt; wir sind gegen einen Kommunismus und für die Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten.

So müssen die SPD-Arbeiter die Fragen stellen. Aber sie können nicht ein Sendebuch. Dieser Kampf wird bedingungslos kapitulieren. Den Vorwurf des Parteivorstandes politisch zu parieren, vermögen nur die SPD-Arbeiter selber. Die sozialdemokratischen Probleme müssen die Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand führen. Und sie müssen sofort an die Arbeit, wenn sie nicht überrumpt werden wollen. Das heißt, sie müssen sofort in Mitgliederversammlungen zusammenkommen, den Konflikt besprechen, ihre Forderungen aufstellen und ihren Standpunkt klarlegen.

Freilich genügt das nicht allein. Die SPD-Arbeiter müssen erkennen, daß sie innerhalb der SPD, als Partei nicht siegen können. Der Parteivorstand wird politisch nicht nachgeben. Die SPD, als Partei bleibt immer die Partei des Bürgertums. Die sozialdemokratischen Arbeiter können nur gegen die SPD siegen. Das werden sie besonders bei diesem Konflikt erfahren. Das Ziel der Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand muß daher sein: heraus aus der bürgerlichen Partei, hinein in die einzige Arbeiterpartei, die KPD.

Auf den SPD-Arbeitern des Zwickauer Bezirks liegt eine große Verantwortung. Das revolutionäre Proletariat ganz Deutschlands, besonders die kommunistischen Arbeiter, werden mit großer Aufmerksamkeit ihren Kampf verfolgen.

Die Zwickauer Probleme der SPD, haben schon mehrmals ihren Mann gestanden. Sie werden es auch jetzt tun. Ihre Lösung muß sein: Abrechnung mit der SPD-Politik, Bruch mit der Vertraulichen Partei, hinein in die KPD! Nur in diesem Zeichen können sie siegen.

Unsere Partei wird den Kämpfenden mit allen Mitteln zur Seite stehen.

Nach dem Parteitag wurde Neumann, der inzwischen als städtischer Jugendpionier vom Plakatrat gemacht worden war, Redakteur im Pressebüro der KPD, wo sich bald zeigte, daß die Partei in ihm einen glänzenden und zukunftsreichen Journalisten gewonnen hatte. Um ihm Gelegenheit zu geben, auch über Berlin hinaus die Parteibewegung im Reich zu lernen, übertrug ihm die Zentrale im Dezember vorigen Jahres die Chefredaktion unseres ostpreußischen Parteorgans. In Ostpreußen erkannten die Genossen ebenfalls sehr früh die politischen Qualitäten des Genossen Neumann, so daß er trotz seiner Jugend bereits monatelang die politische Leitung des Bezirks Ostpreußen neben seiner redaktionellen Tätigkeit verwaltete.

Der Tod des Genossen Neumann ist ein schwerer Verlust für die gesamte Partei. Das tragische Unglück, dem er zum Opfer fiel, als er sich zu einer wichtigen Versammlung nach Berlin begaben wollte, hat ein Leben unterbrochen, das zweifellos im Dienste des revolutionären Proletariats zu den höchsten Leistungen und größten Verdiensten geführt hätte. Die jüngste Generation der Partei hatte keinen treueren, begabteren und leidenschaftlichen Vertreter als Friedrich Neumann.

Ehre seinem Angeklagten!

Der Staatssekretär Hindenburgs

Als Kuhhandelsobjekt wurde zwischen den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei bei der Aufführung Hindenburgs der Posten des Staatssekretärs in Aussicht genommen. Die Deutschen Nationalen hatten sich bereit erklärt, einen volksparteilichen Staatssekretär für diesen Punkt zu bewilligen. Um diesen Posten steht gegenwärtig noch der Kampf. Der bisherige Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, hat sich nämlich auf Wunsch Hindenburgs bereit erklärt, sein Amt weiterzuführen. Hindenburg hat also von sich aus eine Entscheidung getroffen, die seinen Anhängern sehr unangenehm ist. Schließlich werden sie sich aber auch mit dieser Entscheidung zufrieden geben. Der Apparat, den der Sozialdemokrat Ebert hinterlassen hat, ist so monarchisch und generalstomm, daß ihn Hindenburg ohne die geringste Rücksicht bedenlos übernehmen kann. Hätten die Sozialdemokraten einen ernsthaften Kampf gegen den Monarchismus geführt, so ist es ganz klar, daß Hindenburg das gesamte Personal seines Apparates austauschen müßte. Hindenburg übernimmt jedoch das Personal, und damit ist bewiesen, daß auch in dieser Frage die sozialdemokratischen Führer nur Plakhalter der Monarchisten sind.

Wo bleibt die Antwort?

Die KPD hat der SPD und den Gewerkschaften ein Angebot gemacht, Hindenburg gebührend zu empfangen. Die Arbeiter gemeinsam gegen den Vormarsch der Reaktion zu mobilisieren. Die gesamte KPD hat auf diesen Vorschlag noch nicht geantwortet. Die einzige Gegenreaktion, die bisher erfolgte, ist eine allgemeine Wütete-Schimpferie. Nun, mit Schimpfen ist den Arbeitern nicht geholfen, ob die monarchistische Gefahr nicht gebannt. Wir haben ganz konkret vorgeschlagen, 24 Stunden Proteststreik, wir haben konkrete Maßnahmen in den Parlamenten vorgeschlagen. Weshalb antworten die Sozialdemokraten nicht? Das Herausziehen von aus dem Zusammenhang gerissenen Sägen, um damit den Kampf gegen die Kommunisten, nicht gegen die Monarchie, zu führen, ist keine Antwort, aber auch keine Maßnahme, den Arbeitern zu helfen. Stattdessen einzugehen, folgen täglich neue Kommunistenheften. Am Sonnabend bringt die „Dresdner Volkszeitung“ in großer Auflösung einige Zitate aus unserem Artikel über den Wahlausfall und fordert die Arbeiter auf, schlägt es den Kommunisten um die Ohren. Was sollen die Arbeiter den Kommunisten um die Ohren schlagen? Unsere Feststellungen, daß die Wahl Hindenburgs den Kurs der Reaktion verschärft? Nun, diese Feststellungen entsprechen



Das Wahlergebnis ist für die Sozialdemokratie in keiner Weise enttäuschend - Vorwurfs v. 27+28.

der Politik der KPD gegen die Reaktion, die gleichen Feststellungen hat die KPD auch vor der Wahl gemacht. Wir haben damals schon geschrieben, Hindenburg ist der Plakhalter der Monarchie, wir haben schon vor der Wahl aufgerufen, den gemeinsamen Kampf vorzubereiten.

Wir haben aber damals immerhin festgestellt, daß Marx daselbe Programm vertreten werde wie Hindenburg, daß er, wenn auch mit einer anderen Gruppierung, ebenfalls zur Monarchie, zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiter marschiere. Noch am 24. April haben wir geschrieben: „Die imperialistische Politik verteilt den Arbeitern die Waren und drückt die Löhne.“ Wir haben dabei aber gleichzeitig festgestellt, „Marx oder Hindenburg vertreten die Interessen der Kapitalisten.“ Zur Abwehr der monarchistischen Gefahr gibt es nur eine Möglichkeit: die aktive Abwehr durch die Massen der Arbeiter.“ Wir zeigten diesen Weg der stärkeren Reaktion, den Weg der Abwehr den Arbeitern während der ganzen Wahl, wir wußten, daß die SPD nicht kämpfen, sondern nur schimpfen werde. Wir wußten, daß sie die von uns gemachten Feststellungen über die Lage, über die wirklichen Ursachen des Hindenburgsieges ihren Lesern verschweigen würde.

Deswegen geht ja auch die „Dr. B.“ am Sonnabend über die von uns angegebenen Gründe hinweg. Das Wichtigste für die Beurteilung der Lage wird von der „Dr. B.“ als unwesentlich beiseite geworfen. Unwesentlich ist für die SPD, angeblich die ganze Politik, die sie betrieben hat, das ist alt und vorbei. Nein, das ist nicht vorbei, die Folgen zeigen sich gerade jetzt. Die Niederschlagung der Arbeiter während sieben Jahren, die ständige Unterstützung der Reaktion sind und bleiben das Fundament des Sieges der Monarchisten.

Aber was soll nun das ganze Geschimpfe? Es ist den Sozialdemokraten Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß sie die Kämpfer gegen die Monarchie sind. Die Kommunistische Partei hat ihnen die Vorschläge des Offenen Briefes unterbreitet. Die KPD, die den Arbeitern zeigt, weshalb die Monarchisten zur Macht gelangten, sie zeigt den Arbeitern auch den Weg des Kampfes gegen die Monarchie; den Weg zur Verhinderung des weiteren Vormarsches der Reaktion.

Die Machtmittel der Monarchisten, das ist nicht der Stimmzettel, das ist die Polizei, die Reichswehr, die Justiz.

Die KPD schlägt vor, diese Apparate zu zerstören, umzustellen, zu Instrumenten der Arbeiter auszubauen, das ist der Vorschlag der KPD. Wie, das haben wir im Offenen Brief gezeigt. Die notwendige Mehrheit ist gegeben. Wenn die Arbeitermassen dem Plakhalter der Monarchie bei seinem Einzug zeigen werden, daß die Arbeiter die stärkeren sind, dann werden sie die Forderungen und Beschlüsse der Parlamente durchsetzen können.

Das Geschimpfe der SPD zeigt nur, daß sie nicht ernsthaft kämpfen wollen. Sie werden die Monarchisten unterstützen. Sie werden zu Hindenburg geben.

Friedrich Neumann †

Bei dem Eisenbahnunglück im polnischen Korridor starb auf tragische Weise unser Parteigenosse Dr. Friedrich Neumann, der Chefsekretär unseres Königsberger Parteorgans, des „Echo des Ostens“. Die Meldung vom Tode des Genossen Neumann ruft bei all denen, welche dienen ausgezeichneten Parteiarbeiter und Hoffnungsträger, jungen Parteiführer kannten, die größte Trauer hervor.

Genosse Neumann war einer der besten Vertreter jener jungen Generation, die nach dem Kriege aus der proletarischen Jugendbewegung in die Kommunistische Partei hineinwuchs. Aus kleinstädtischer Familie stammend, bildete er sich als Neunjähriger im Jahre 1919 der Sozialistischen Proletarierjugend in Berlin an. Von ersten Augenblick seiner Tätigkeit in der proletarischen Bewegung verwuchs Genosse Neumann so eng mit der Arbeiterschaft, daß viele, die ihn in den ganzen Jahren gekannt haben, wohl erst heute erfahren, daß er ein Akademiker war und daß er ein Studium vollendet hatte. Die proletarische Jugend und später die Arbeiterschaft der Bezirke, in denen Neumann tätig war, empfanden ihn nicht als ein wohlausgewachsener Student, sondern fühlten, daß der in Not und Entbehrungen aufgewachsene Student ein Proletarier ihresgleichen war.

Im Jahre 1920 schloß sich Genosse Neumann zusammen mit dem linken Flügel der Sozialistischen Proletarierjugend nach dem Halleischen Parteitag der Kommunistischen Jugend und lehrte bald auch der Kommunistischen Partei an. Im 6. Berliner Verwaltungsbereich (Halleisches Tor) war er nunmehr ratslos und unermüdlich als Parteifunktionär tätig. Zuerst in der Abteilung, dann in der Gruppe und lehrte bald im gekennzeichneten Verwaltungsbereich galt der junge Friedel Neumann als das Muster eines fleißigen, lehrwilligen und der Sache der proletarischen Revolution durch und durch ergebenen Funktionärs. Politisch gehörte er seit 1921 zu den unabdinglichen Anhängern der linken Opposition innerhalb der KPD. Im Jahre 1923 berief ihn trotz seiner Jugend das Vertrauen der Genossen des 6. Verwaltungsbereichs auf den Posten des politischen Leiters. Zur selben Zeit wurde Neumann Hauptbeauftragter für den Hauptbereich A der Berliner Parteiorganisation. Auf diesem Posten, als Mitglied des Zentralvorstandes Berlin-Brandenburg und in engster Zusammenarbeit mit der Berliner Bezirksleitung wurde Neumann bald weitesten Kreisen der Berliner Mitgliedschaft bekannt. Auf dem Frankfurter Parteitag war er unter den Delegierten der Berliner Parteiorganisation.